

Sitzungsunterlagen

Sitzung des Ausschusses für
Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit
und Ordnung
07.07.2026

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)	5
Anlage 1: Teilnehmerverzeichnis_AIUSO vom 07.07.2026	19
Anlage 2: Antwort zur Anfrage von Frau Leveling Mutzbach 07072026	23
Anlage 3: Antwort zur Anfrage von Herrn Bollen zur Beschilderung Stadtteil 07072026	25

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
25.08.2026
Ausschussbetreuender Fachbereich
Umwelt und Technik
Schriftführung
Michael Schirmer
Telefon-Nr.
02202-141356

Niederschrift

Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung
Sitzung am Dienstag, 07.07.2026

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 20:04 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 28.04.2026 - öffentlicher Teil**
0427/2026
- 6 **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0425/2026
- 7 **Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0431/2026
- 8 **Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2027; hier: Aufhebung des Sperrvermerkes für die 3 neuen Bauleiterstellen im Abwasserwerk (Gruppe 7-6813)**
0423/2026
- 9 **Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende Maßnahmen des Abwasserwerks**
0414/2026
- 10 **Erneuerung Vorklärräume KA Beningsfeld**
0412/2026
- 11 **Spielplatz Tannenbergsstraße - verwiesene Anregung aus dem AAB vom 26.03.2026**
0453/2026
- 12 **Änderung der Reinigungsklasse der Lortzingstraße, verwiesene Anregung aus dem AAB vom 26.03.2026**
0426/2026
- 13 **Anträge der Fraktionen**
- 13.1 **Antrag der Fraktion VOLT/FWG vom 13.05.2026 zur Verlagerung des Bauhofes**
0428/2026
- 14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**
- 14.1 **Anfrage der Ratsgruppe BÜRGERPARTEI GL vom 18.06.2026 zu den städtischen Müllgebühren**
0475/2026
- N **Nicht öffentlicher Teil**
- 1 **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - nicht öffentlicher Teil**
- 2 **Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 3 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 4 **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 28.04.2026 - nichtöffentlicher Teil**
0429/2026
- 5 **Rückmeldung zum Erwerb eines Grundstücks in Bergisch Gladbach Refrath, Flurstück Gemarkung Refrath, Flur 5, Nr. 1198, ABK-Maßnahme 01.01.028 In der Taufe**
0397/2026
- 6 **Trennung der IT des Fachbereiches 10 - Feuerwehr und Rettungsdienst - von der städtischen IT**
0413/2026
- 7 **Ankauf einer Fläche an der Strunde**
0496/2026
- 8 **Anträge der Fraktionen**
- 9 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung, Herr Hermann-Josef Wagner, eröffnet die 4. Sitzung dieses Ausschusses in der elften Wahlperiode und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie, da im Gremium insgesamt 6 sachkundige Bürger anwesend sind, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vertretungen können dem dieser Niederschrift beigelegten Teilnehmerverzeichnis entnommen werden.

Für die Fraktion BÜRGERPARTEI GL wird Herr Julian Raschke vereidigt.

Herr Wagner teilt mit, dass wegen zeitweiser Abwesenheit der Herren Eggert und Migenda während der Sitzung der Tagesordnungspunkt Ö 8 (Aufhebung von Sperrvermerken) vorgezogen werden soll. Dagegen werden keine Einwände vorgetragen.

Er weist außerdem darauf hin, dass zum Tagesordnungspunkt N 7 (Erwerb eines Grundstücks an der Strunde) eine Tischvorlage verteilt wurde, die seit dem Mittag auch im Ratsinformationssystem eingesehen werden konnte.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Ohne Wortmeldungen wird die Niederschrift zur Kenntnis genommen und gilt daher als genehmigt.

3. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Keine.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Eggert teilt zum Thema Skaterpark Saaler Mühle nach einem kurzen Abriss der Historie mit, dass die erteilte Baugenehmigung nach einem gerichtlichen Verfahren inzwischen aus formellen Gründen zurückgezogen wurde. Augenblicklich sei man dabei, die entsprechenden Gutachten und die Antragsunterlagen zu aktualisieren, um sie erneut einreichen zu können. Es ist u. a. angedacht, dort eine zeitgesteuerte Beleuchtung zu installieren; auch Umwelt- und Naturschutzbedingungen werden berücksichtigt. Er betont, dass am Projekt aber weiterhin festgehalten werde, wobei ein Eröffnungstermin wegen des laufenden Verfahrens aber noch nicht genannt werden könne.

Frau Meuthen weist darauf hin, dass neben einer Vorlage zur Spielplatzstrukturanalyse wegen vielfältiger Überschneidung ebenfalls eine Vorlage zum Grünflächenkatasters in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 06.10.2026 eingebracht und mittels einer kurzen Präsentation vorgestellt werden soll.

5. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 28.04.2026 - öffentlicher Teil**
0427/2026

Herr Dr. Bacmeister vermisst in der Aufstellung die Maßnahme Strundetalweg, die zunächst als Anfrage in den Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung eingebracht wurde, zu der in der letzten Sitzung aber ein Beschluss gefasst worden ist.

Frau Leveling fragt, ob die Ausbesserung des gesperrten Weges zum Strundetalfest abgeschlossen sein wird.

Frau Meuthen teilt mit, dass die Maßnahme inzwischen vom Fachbereich Grundstücksnutzung – Verkehrsflächen bearbeitet werde. Sie nehme die Frage mit, die Beantwortung werde zum Protokoll genommen.

Ansonsten wird die Mitteilung zur Kenntnis genommen.

6. **Nachverfolgung aller wesentlichen Maßnahmen analog zu § 5 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung**
0425/2026

Ohne Wortmeldung wird auch diese Vorlage zur Kenntnis genommen.

7. **Nachverfolgung der Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes (durch externe Projektsteuerung)**
0431/2026

Die Kenntnisnahme dieser Mitteilung erfolgte ohne Wortbeiträge.

8. **Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2027; hier: Aufhebung des Sperrvermerkes für die 3 neuen Bauleiterstellen im Abwasserwerk (Gruppe 7-6813)**
0423/2026

Herr Henkel fragt, woran es gelegen habe, dass das Abwasserbeseitigungskonzept, das bereits im März 2026 beschlossen wurde, erst im Juni 2026 der Bezirksregierung zugeleitet wurde.

Frau Mäding antwortet, dass der Grund für die Verzögerung tatsächlich Änderungen im Erläuterungsbericht waren. In den nächsten Tagen werde das Abwasserwerk eine E-Mail an alle Fraktionen versenden, in der abgefragt werde, in welcher Form die umfangreichen Unterlagen der Politik zugeleitet werden sollen.

Herr Migenda begrüßt zunächst die beiden Kollegen von der unteren Wasserbehörde und führt nochmals kurz in die Thematik ein, besonders im Hinblick auf die Versagung der Genehmigung des ursprünglichen Abwasserbeseitigungskonzeptes durch die Bezirksregierung. Durch neue Fristsetzungen wurde die Gelegenheit ergriffen, das Abwasserbeseitigungskonzept fortzuschreiben und bedankt sich für die umfangreiche Unterstützung durch die untere Wasserbehörde bei den schwierigen Gesprächen mit der Bezirksregierung. Es konnte dabei das in der Vergangenheit verlorengegangene Vertrauen wieder hergestellt werden, insbesondere konnte dargelegt werden, dass die Stadt Bergisch Gladbach den Ernst der Lage klar erkannt habe. Die

Maßnahmen des pflichtigen Abwasserbeseitigungskonzeptes resultieren aus vielfältigen Herausforderungen rund ums Trinkwasser, aber auch hinsichtlich des Schutzes vor Starkregenereignissen, die künftig zu bewältigen seien. Er appelliert, den Weg zur Umsetzung der einzelnen Maßnahmen durch Politik und Verwaltung gemeinsam zu gehen. Insgesamt sei die personelle Situation im Abwasserwerk leider sehr angespannt. Daher drohe das Szenario, dass nicht alle Maßnahmen, die ein Volumen von zusammen ca. 400 Mio. € haben, umsetzen zu können, was wiederum die untere Wasserbehörde und die Bezirksregierung veranlassen könnte, der Verwaltung „die Pistole auf die Brust“ zu setzen, in dem sie wasserrechtliche Genehmigungen versage. Dies würde Bautätigkeiten erschweren, wenn nicht sogar unmöglich machen. Die zur Rede stehenden drei Stellen, die durch einen Ratsbeschluss mit einem Sperrvermerk versehen wurden, seien daher dringend erforderlich, auch wegen unzureichender Unterstützung durch die wiederholt ausgewechselten Ingenieurbüros. Entsprechende Man-Power solle dadurch im eigenen Haus auf die Beine gestellt werden. Die Verwaltung sei darauf angewiesen, dass die Sperrvermerke aufgehoben werden, insbesondere, weil anderenfalls entsprechende Ausschreibungen nicht zeitnah getätigt werden können.

Herr Dr. Bacmeister bedankt sich für die klare Aussage von Herrn Migenda und meint hierzu, wenn die Verwaltung ggf. schon am Abgrund stehen werde, stünde auch die Politik als eigentliche Garanten der Gewässer Reinhaltung mit einem Bein im Gefängnis. Auch er wirbt deshalb für die Aufhebung der Vermerke und bittet die CDU-Fraktion, sich dem nicht zu verschließen.

Herr Henkel erkenne den Handlungsbedarf angesichts der Personalsituation und fehlender Eigentumsverhältnisse, verstehe aber die Verzögerung bei der Vorlage des Abwasserbeseitigungskonzept bei der Bezirksregierung angesichts der Dringlichkeit nicht. Er verweist darauf, dass der städtische Haushalt zwar durch den Rat beschlossen sei, aber vom Rheinisch-Bergischen Kreis noch nicht genehmigt wurde sowie auf den zeitlichen Vorlauf für die Ausschreibungen. Er rechne damit, dass im Jahre 2026 da noch nichts geschehen werde.

Herr Migenda verneint, dass ein Zeitverlust aufgetreten sei. Die Zeit bis zur Genehmigung des Haushaltes werde selbstverständlich genutzt, um die Ausschreibungen so weit wie möglich vorzubereiten. Das Signal an die Beschäftigten des Abwasserwerkes, erst einmal abzuwarten, sei ein falsches.

Auch Frau Mäding meint, dass durch den Einsatz der externen Projektsteuerung zumindest bis zum Ende des Jahres es zu keinem Zeitverlust komme.

Herr Doogs umreißt kurz die Historie des Abwasserbeseitigungskonzeptes aus Sicht der Kommunalaufsicht. Er wiederholt, dass die Stadt Bergisch Gladbach inzwischen den Ernst der Lage klar erkannt habe. Auf Grund des Fachkräftemangels in den vergangenen Jahren wurde von der Bezirksregierung verfügt, eine externe Projektsteuerung zu schalten. Das erste, wie auch ansatzweise das zweite Büro konnten naturgemäß ihre Aufgaben nicht so erfüllen wie erhofft, weil Kenntnisse der Hintergründe der Stadt dort nicht vorhanden sein können. Er wirbt dafür, bei der Begleitung des Abwasserbeseitigungskonzept auf interne Kräfte zurückzugreifen. Insgesamt arbeite die Belegschaft des Abwasserwerkes inzwischen am Anschlag. Leider stehe das gemeinsam aufgestellte sechsjährige Abwasserbeseitigungskonzept immer noch auf wackeligen Beinen, auch wenn die Bezirksregierung da inzwischen mitziehe. Wenn Maßnahmen nicht umgesetzt werden (können), habe die Bezirksregierung jederzeit die Möglichkeit, es zu beanstanden.

Auch Herr Schiek spricht sich angesichts der Dringlichkeit für die Aufhebung der Sperrvermerke aus. Ebenso Herr Laschet, der diese Stellen als so ziemlich die wichtigsten der Verwaltung ansieht. Er verstehe wegen der prekären Personalsituation nicht, wie der Rat die Sperrvermerke überhaupt beschließen konnte. Vielleicht werden in Zukunft noch weitere Planerstellen notwendig, um das Abwasserbeseitigungskonzept insgesamt stemmen zu können. Aber auch die externe Unterstützung werde weiterhin gebraucht.

Herr Dr. Bothe weist neben der Anerkennung der Dringlichkeit auch darauf hin, dass nach sechs Monaten nach Einreichung des Abwasserbeseitigungskonzeptes von der Gültigkeit ausgegangen

werden könne, wenn von der Bezirksregierung nichts Gegenteiliges zu hören ist. Er finde es nicht angemessen, den seinerzeitig umfassende Ratsbeschluss nun schon wieder aufzuschnüren und verstehe die ganze Diskussion über Zeitpunkte der Ausschreibungen nicht.

Die Herren Migenda und Eggert verlassen absprachegemäß den Sitzungssaal.

Herr Bollen ist der Ansicht, dass im Plenum eigentlich flächendeckend Einigkeit über die Bedeutung herrsche. Er regt daher an, einen Beschluss zu fassen, um das Thema zu beenden.

Herr Henkel könne sich nicht vorstellen, dass bereits bei Kleinigkeiten eine Beanstandung ausgesprochen werde. Er regt an, mit der Bezirksregierung schriftlich Kontakt aufzunehmen, damit diese attestieren könne, dass nicht beanstandet werde. Dies könnte das Verfahren noch einmal verkürzen.

Herr Dr. Bothe gehe davon aus, dass die Gewinnung von Personal für die drei gesperrten Stellen auch mit entsprechendem Vorlauf für die Vorbereitung so lange dauern werde, dass eine Aufhebung nicht notwendig sein werde. Er beantragt, im Beschlussvorschlag eine Passage wie folgt aufnehmen: *Der Ausschuss beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Ausschreibung der drei Stellen, die aktuell mit Sperrvermerk versehen sind, unverzüglich vorzubereiten und eine befristete Ausschreibung zu prüfen, mit der Perspektive, dass nach Inkrafttreten des Abwasserbeseitigungskonzeptes im Dezember der Sperrvermerk aufgehoben wird und die Stellen entsprechend entfristet werden können.*

Herr Kirch mahnt Flexibilität an. Seiner Meinung nach müssten die im Raume stehenden Sperrvermerke doch aufzuheben sein, wenn sich neue Erkenntnisse ergeben haben. Da der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung nicht der beschließende, sondern nur beratender Ausschuss sei und die erforderlichen Finanzmittel im Wirtschaftsplan des Abwasserwerk veranschlagt sind, würde sich die CDU nichts vergeben, der Aufhebung aus fachlicher Sicht zuzustimmen.

Herr Dr. Bacmeister meint, dass es ohnehin schwer werde, gutes Personal einzustellen. Da brauche es nicht noch einen Hinweis auf Befristung bei der Ausschreibung.

Frau Wasmuth hoffe, dass bei der geführten Diskussion der Ratsbeschluss respektiert werde. Der Markt werde schon regeln, welche Personen sich bewerben. Eine Befristung in der Ausschreibung müsse nicht explizit aufgenommen werden – diesen Umstand könne man auch erst beim Vorstellungsgespräch erwähnen. Einen zeitlichen Verzug beim Festhalten am Ratsbeschluss sehe auch sie nicht.

Frau Mäding weist den latent im Raume stehenden Vorwurf, man habe Zeit verloren, entschieden zurück.

Herr Dr. Bacmeister ist der Auffassung, dass die Verwaltung erst dann ausschreiben könne, wenn der rechtliche Rahmen dies hergibt.

Nach Klärung über den letztlich zu fassenden Beschluss lässt Herr Wagner zunächst über Variante 1 inklusive dem weitergehenden Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Bothe anschließend abstimmen:

Der Ausschuss beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Ausschreibung der drei Stellen, die aktuell mit Sperrvermerk versehen sind, unverzüglich vorzubereiten und eine befristete Ausschreibung zu prüfen, mit der Perspektive, dass nach Inkrafttreten des Abwasserbeseitigungskonzeptes im Dezember der Sperrvermerk aufgehoben wird und die Stellen entsprechend entfristet werden können.

Dafür stimmten die CDU/FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion (11 Stimmen), dagegen waren die Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und VOLT/Fraktion Freie Wählergemeinschaft (9 Stimmen). Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Über die Variante 2 wurde nicht mehr abgestimmt.

9. **Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende Maßnahmen des Abwasserwerks**
0414/2026

Ohne Diskussion wird dem Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung des „Sammelmaßnahmenbeschluss für verschiedene immer wiederkehrende Maßnahmen des Abwasserwerke“ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

bei einer Enthaltung der BÜRGERPARTEI GL einstimmig gefolgt.

10. **Erneuerung Vorklärräume KA Beningsfeld**
0412/2026

Eine Diskussion fand zu diesem Tagesordnungspunkt nicht statt. Dem Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschließt die Umsetzung der Maßnahme „Erneuerung der Vorklärräume auf der Kläranlage Beningsfeld für das Abwasserwerk “ gemäß der Beschreibung in der Sachdarstellung.

wird einstimmig gefolgt

11. **Spielplatz Tannenbergstraße - verwiesene Anregung aus dem AAB vom 26.03.2026**
0453/2026

Frau Wasmuth stellt eingangs fest, dass es sich beim Petenten nicht nur um eine Person handle, sondern dass sich da mehrere Personen gemeldet haben. Sie bittet daher um eine genauere Prüfung hinsichtlich der Lärmproblematik der Rutsche und regt eine Rotation, den Tausch mit einer anderen Rutsche eines anderen Spielplatzes an.

Herr Schütze kenne die Situation beim Spielplatz genau, habe aber von vielen anderen Bewohnern gehört, der Spielplatzlärm störe sie an sich nicht, der Straßenlärm sei insgesamt lauter.

Herr Kirch meint, dass die Stadt, hier insbesondere die Ordnungsbehörde, die Ruhezeiten ab 20:00 Uhr durch Kontrollen durchsetzen müsse. Beim Tausch der Rutsche sei zu fragen, wie dies angesichts der aktuellen Haushaltslage, die extreme restriktive Sparmaßnahmen erfordern, finanziert werden könne.

Herr Dr. Bothe findet, dass hier eine Situation entstanden sei, die für alle Beteiligten unbefriedigend sei, eine Durchsetzung der Nachtruhe aber wohl das falsche Signal an Kinder und Jugendliche sei. Spielplätze seien vom Sinn her eher für Kinder gedacht, man könne aber leider nicht gänzlich verhindern, dass sich dort auch Jugendliche in späteren Stunden aufhalten. Angelehnt an den Vorschlag von Frau Wasmuth solle den Anwohnern zumindest signalisiert werden, dass man verstanden habe, dass das größte Ärgernis die Rutsche darstelle, für die man einen anderen Spielplatz finden wolle.

Frau Meuthen weist darauf hin, dass der Spielplatz schon vor dem Wohnblock bestanden habe. Dieser wurde sogar auf Geheiß des Projektentwicklers von der Stadt ertüchtigt, sonst hätte dieser einen eigenen Spielplatz im Innenhof errichten müssen. Tatsächlich seien es drei Beschwerdeführer, einer davon sei aber der Wortführer. Mit der weitaus größeren Anzahl der dortigen Bewohner bestünden solche Probleme jedoch nicht; im Benehmen mit diesen konnten in der Vergangenheit bereits mehrere Kompromisse gefunden werden wie beispielsweise Beschilderung, Versetzen von Sitzbänken und dergleichen. Mit einem Tausch der Rutsche gegen ein anderes, nicht so lärmintensives Spielgerät hätte sie aber prinzipiell keine Probleme, jedoch nicht im Zusammenhang mit der anstehenden Spielplatzstrukturanalyse.

Herr Kirch weist auf die bestehende Beschlusslage hinsichtlich der Ruhezeit hin, die aber auch wieder per Beschluss aufgehoben werden könnte. Er sehe insgesamt die Stadt nicht so im Zugzwang.

Frau Leveling könne die Beschwerden der Petenten zwar durchaus verstehen. Die Erwartungshaltung halte sie jedoch für ein Stück weit überzogen, seien doch schon Änderungen vorgenommen worden. Die Stadt sei da einseitig schon sehr großzügig auf die Bewohner zugegangen. Eine Kostenbeteiligung nicht nur bei der Rutsche, sondern auch für Schutzmaßnahmen beim Fußballspielen, hätte angestrebt werden können.

Herr Laschet wünsche sich in diesem Zusammenhang eine lebenswerte, weil kinderfreundliche Stadt. Kinderlärm gehöre naturgemäß dazu, zumal die Rutsche von Kindern bestimmungsgemäß genutzt werde. Verstöße durch Heranwachsende außerhalb der zulässigen Zeit sollten durch Ordnungsbehörde sanktioniert werden. Allgemeinwohl müsse generell über den Individualinteressen stehen.

Frau Meuthen regt als einzige Lösung des Lärmproblems an, die Rutsche abends abzuschließen, was aber mit Kosten verbunden wäre. Maßnahmen über eine technische Lärmdämmung würden in Absprache mit dem Hersteller hingegen zu keinem besseren Ergebnis führen. Man müsse zu einer klaren Aussage hinsichtlich des Allgemeinwohls kommen.

Frau Wasmuth weist den Vorwurf, einen Tausch der lärmverursachenden Rutsche mit einem anderen Spielgerät zulasten der Anwohner des anderen Spielplatzes anzustreben, zurück. Eine Prüfung müsse jedoch erlaubt sein.

Herr Bollen hält eine erneute Überprüfung für entbehrlich, sei dies doch schon in der Vergangenheit des Öfteren gemacht worden. Er wirbt für eine heute abschließende Entscheidung des Ausschusses.

Herr Raschke fragt, ob geprüft wurde, den geschlossenen metallischen Rutschkörper durch einen aus Kunststoff bestehenden, wahrscheinlich nicht so lauten Körper zu ersetzen.

Herr Wagner verweist auf den Inhalt der Vorlage – dort sei derartige beschrieben.

Er lässt abschließend abstimmen:

Der Beschlussvorschlag

Der aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden vom 26.03.2026 verwiesene Antrag wird nach erneuter Prüfung abgelehnt. Der Kinderspielplatz Tannenbergstraße sowie der darauf befindliche Platz der Städtepartnerschaft ‚Beit-Jala-Platz‘ bleiben unverändert.

wird bei Enthaltungen der CDU/FDP-Fraktion einstimmig beschlossen.

12. Änderung der Reinigungsklasse der Lortzingstraße, verwiesene Anregung aus dem AAB vom 26.03.2026
0426/2026

Herr Henkel möchte auf die Situation der in den siebziger Jahren erbauten Siedlung hinweisen. Dort seien die Bewohner mit den Jahren älter geworden. Die Straßenreinigung falle daher immer schwerer. Man habe dort eine Unterschriftenaktion für eine Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung ins Leben gerufen, die auch von den meisten Anwohnern unterschrieben wurde, obgleich ihnen bewusst war, dass höhere Gebühren auf sie zukommen würden. Er regt an, bei anderen Kommunen beispielsweise aus dem Oberbergischen Kreis entsprechend nach Erfahrungen zu fragen.

Herr Zenz könne das Anliegen zwar vollkommen nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass die zu Grunde liegenden demografischen Gegebenheiten in der Zukunft immer stärker durchschlagen werden. Die Verwaltung habe aber auch nur begrenzte Ressourcen, die priorisiert werden müssen. Zuvorderst seien Hauptverkehrsstraßen, Zufahrten zu Krankenhäusern etc. zu reinigen. Denkbar für die Anwohnerschaft wäre auch die Einschaltung eines privaten Dienstleisters. Die Anregung sei auch deswegen abzulehnen, da ein Präzedenzfall geschaffen werde – andere Straßenzüge dürften dann ebenfalls eine entsprechende Leistung anstreben.

Herr Bollen ist der gleichen Meinung.

Herr Dr. Bothe würde den Beschlussvorschlag ergänzen: Die Verwaltung möge prüfen, ob es möglich sei, derartige Angebote der privaten Seite zentral von der Verwaltung vorzuhalten und bei Bedarf für einzelne Straßenzüge zu aktivieren. Ihm gehe es dabei ausschließlich um eine unvoreingenommene Prüfung aller möglicher Vor- und Nachteile.

Herr Eggert fragt, was genau gemeint sei, verbunden mit einem Hinweis auf eventuelle rechtliche und auch praktische Probleme, insbesondere hinsichtlich des Gleichheitsgrundsatzes.

Herr Laschet hält den Vorschlag von Herrn Dr. Bothe für unausgewogen, weil dadurch insgesamt ein immenser neuer Verwaltungsaufwand entstünde.

Auch Herr Kirch weist auf den beschlossenen städtischen Haushalt hin, der durch schmerzhaftes Stelleneinsparungen geprägt sei. Da könne es nicht sein, dass gerade aus der Fraktion CDU/FDP immer wieder weitere Prüfaufträge an die Verwaltung gerichtet werden, die angesichts der jetzt schon bestehenden Belastung der Mitarbeitenden weitere Kapazitäten binde. Es müsse, wenn entsprechend beschlossen würde, auch darauf geachtet werden, dass die Nutznießer und nicht die Allgemeinheit die anfallenden Kosten zu tragen haben.

Frau Leveling möchte von Herrn Zenz beziffert wissen, wie viel Ressource bereits für diese einzelne Straße gebunden würde.

Herr Zenz gehe eher davon aus, dass eine Prüfung gemäß Antrag zu einem negativen Ergebnis führen würde – zu viele Hindernisse stünden im Weg. Die Anwohner einer derartigen Straße fahren durch eine private Beauftragung eines Dienstleisters besser. Ein entsprechender Beschluss durch das Gremium bleibe selbstverständlich davon unberührt.

Nach Herrn Henkel müssten dann alle Anwohner einer Straße an einem Strang ziehen; ansonsten entstehe ein Flickenteppich. Zielgedanke des Antrages sei es eigentlich, dass das demografische Problem anerkannt werde und neue Handlungsstränge aufgezeigt werden, damit die Anwohnerschaft sich nicht allein gelassen fühle. Die Verwaltung sollte hier lediglich vermittelnd tätig werden.

Herr Dr. Bacmeister stellt einen Antrag auf Schluss der Rednerliste. Die Abstimmung ergab ein Votum von 10 Ja-Stimmen bei 8 Gegenstimmen.

Herr Dr. Bothe ärgert sich über die Haltung einiger Ausschussmitglieder, aber auch der Verwaltung, die immer schon wüsste, was nicht möglich sei. Das Signal, was dann von der Bürgerschaft wahrgenommen werde, sei ein falsches. Er sieht darin auch einen Grund für Politikverdrossenheit. Er wirbt daher erneut vehement um eine Prüfung, auch wenn diese zu einem für die Anwohner negativen Ergebnis führen sollte.

Nachdem Herr Bollen seine vorher gemachten Äußerungen nochmals unterstreicht und zusammenfasst, sieht Herr Laschet in dem Umstand, es überhaupt in diesen Ausschuss geschafft zu haben, ein gewisses organisatorisches Talent auf Seiten der Bürgerschaft. Es müsse daher von ihnen erwartet werden können, auch einen Winterdienst von privater Seite aus auf die Beine zu stellen.

Herr Migenda setzt angesichts permanent leerer Kassen und fehlendem Personal auf die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit in der Zukunft.

Nachdem die Rednerliste abgearbeitet ist, lässt Herr Wagner über den weitergehenden Ergänzungsantrag der CDU/FDP-Fraktion abstimmen:

Der Ergänzungsantrag

Die Verwaltung möge prüfen, ob es möglich sei, derartige Angebote der privaten Seite zentral von der Verwaltung vorzuhalten und bei Bedarf für einzelne Straßenzüge zu aktivieren.

wird bei 9 Ja-Stimmen und 11 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann steht der Verwaltungsvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung:

Dem Beschlussvorschlag

Der Antrag auf eine Änderung der Reinigungsklasse der Lortzingstraße wird abgelehnt.

wird bei 11 Ja- Stimmen und einer Gegenstimme bei 8 Enthaltungen mehrheitlich gefolgt.

13. Anträge der Fraktionen

13.1. Antrag der Fraktion VOLT/FWG vom 13.05.2026 zur Verlagerung des Bauhofes 0428/2026

Ohne Wortbeiträge wird dem Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt, den Antrag in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 08.10.2026 zu verweisen.

wird bei einer Enthaltung der Fraktion VOLT/Fraktion Freie Wählergemeinschaft einstimmig angenommen.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Bacmeister fragt zum Thema Scan-Fahrzeuge (= Fahrzeuge, die durch eine technische Ausrüstung Kennzeichen von parkenden Fahrzeugen zur Ahndung von Verstößen einscannen können), ob diese Ausrüstung auch bei neubeschafften Fahrzeugen für den Ordnungsbereich

nachgerüstet werden könne. Durch einen Einsatz entsprechender Technik könnte der entstehende finanzielle Aufwand insgesamt amortisiert werden.

Herr Eggert antwortet, dass sowohl bei den bereits ausgelieferten, aber auch bei den noch ausstehenden Fahrzeugen des Ordnungsbereiches geprüft werde, ob eine Nachrüstung möglich sei. Darüber werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung berichtet.

Herr Dr. Bacmeister habe vernommen, dass ein potenzieller Spender für eine Toilettenanlage im bzw. am Mehrgenerationenpark in Refrath inzwischen mangels Reaktion der Verwaltung in den vergangenen Monaten abgesprungen sei. Er findet dies sehr bedauerlich.

Frau Meuthen entgegnet, dass ein Kontakt durch eine Mittelsperson aufgenommen wurde und noch besteht, der eigentliche Spender sei ihr nicht bekannt. Das Angebot, direkt mit dem Spender zu sprechen, bestehe immer noch. Der Absprung kam für sie jedoch sehr überraschend. Der Vorwurf, dass es seit zehn Monaten keinen Kontakt mehr gegeben habe, stimme so nicht. Auf die vom Bürgerverein Refrath vor kurzem an die Verwaltung gerichtete Mail sei geantwortet worden.

Herr Dr. Bacmeister möchte zu einem defekten Spielgerät am Spielplatz Kahnweiher wissen, wann dieses wieder instandgesetzt werde.

Herr Nollen habe eine entsprechende Anfrage erhalten und bereits vor längerer Zeit beantwortet. Die Instandsetzung erfolge in der 31. KW.

Herr Dr. Bacmeister weist für den Bereich Eichelstraße/Pehलगasse in Bensberg darauf hin, dass sich in den Grünflächen abends Jugendliche aufhalten und sich insbesondere durch Lärm ordnungswidrig verhalten. Er fragt, ob der Ordnungsbereich nach 20:00 Uhr Kontrollen durchführen könne.

Herr Eggert nehme die Frage mit, verweist aber auch darauf, dass auch dieser der Bereich von einem personellen Engpass betroffen sei.

Frau Leveling teilt mit, dass sie irgendwo gelesen habe, dass das Projekt Mutzbach inzwischen völlig gestoppt sei. Sie fragt, ob und wann es dort weiter gehe sowie, ob darüber nachgedacht werde, eventuell Teile wieder an die Oberfläche zu holen (Antwort liegt bei). Des Weiteren fragt sie zum InHK Bensberg, ob die Maßnahmen Deutscher Platz und Park im Wohnpark Bensberg noch im Zeitrahmen liegen.

Herr Nollen erwidert, dass die Eröffnung des Deutschen Platz für den September 2026 angedacht sei. Der Quartierplatz im Wohnpark Bensberg sei inzwischen fertiggestellt und eröffnet worden. Eine Gefährdung der Förderung sei hier nicht in Sicht.

Herr Bollen möchte angesichts der Falschparker auf der Schlossstraße wissen, wann hier durch geeignete Maßnahmen eine Verbesserung eintrete, damit Falschparker wissen, wo Parken erlaubt sei und wo nicht. Außerdem sollten die Poller in der Gartenstraße an der östlichen Einmündung zur Steinstraße abgebaut werden, da sie auch ein Hindernis für Frauen mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrer darstellen.

Herr Migenda entgegnet, dass für die Gartenstraße neue Poller in Kürze erwartet werden, die dann eingebaut werden, um das nicht schön aussehende Provisorium zu beseitigen. In der Schlossstraße soll streckenweise (Marktplatz) ein absolutes Halteverbot angeordnet werden. Im Bereich Emiliensbrunnen sollen in Absprache mit den Gewerbetreibenden Pflanzkübel aufgestellt werden. Wenngleich sich nicht alle Verkehrsteilnehmer daran halten dürften, erhoffe man sich dennoch eine spürbare Entlastung. Die Kübel könnten in der Winterzeit mit kleinen Tannenbäumen bestückt werden, was auch schon auf Initiative der ansässigen Gewerbetreibenden so praktiziert wurde.

Herr Bollen kenne in Köln, Nähe Schokoladenmuseum einen Hauseigentümer, dessen Haus seit 30 Jahren eine Fassadenbegrünung aufweisen kann. Er lädt alle Ausschussmitglieder zu einer Besichtigung ein.

Schlussendlich kritisiert er, dass aus Ortseingangs- und ausgangsschildern neben der eigentlichen Ortsbezeichnung auch der Begriff „Stadtteil“ aufgenommen ist, was die Wahrnehmung insgesamt erschwere. Er fragt, wer dieses beschlossen hat und wann es beschlossen wurde (Eine Auskunft über den vom Rat gefassten Beschluss ist dieser Niederschrift beigelegt). Er regt an, diesen Zusatz bei einem Austausch der Schilder sukzessive wegfällen zu lassen.

Frau Leveling fragt nach den zuvor beschriebenen personellen Problemen im Ordnungsbereich. Mehrere Stellen seien inzwischen beschlossen worden. Sie fragt nach den Gründen der Probleme.

Herr Eggert führt aus, dass zwar zwei Stellen für den Ordnungsbereich beschlossen wurden, diese aber wegen der vorläufigen Haushaltsführung noch nicht ausgeschrieben werden konnten. Aber auch Langzeiterkrankungen und kurzfristige Kündigungen spielen dabei eine Rolle. Er hoffe jedoch auf Besserung in der Zukunft.

Herr Migenda trägt zum Thema EU-Luftqualitätsrichtlinie vor, dass die Ergebnisse zunächst einmal positiv seien. Eine Rückmeldung der Bezirksregierung zu den Örtlichkeiten für Messeinrichtungen für Stickoxide stehe aber noch aus. Eine akut notwendige Reaktion seitens der Stadt liege aber nicht vor.

14.1. Anfrage der Ratsgruppe BÜRGERPARTEI GL vom 18.06.2026 zu den städtischen Müllgebühren
0475/2026

Die Anfrage wurde umfangreich beantwortet und war der Einladung beigelegt.

Herr Dr. Bothe möchte zu diesem Thema wissen, wie aussagekräftig die Erhebung sei und wie man mit der Einstufung umgehe werde.

Herr Zenz ist der Meinung, dass dieses Ranking das Papier nicht wert sei, weil mit sehr vielen, an der strukturellen Realität Bergisch Gladbachs bei den Abfallgebühren vorbeigehenden Annahmen gerechnet wurde. Am Beispiel des Volumens von bereitgestellten Rest- und Biomülltonnen sei dies deutlich erkennbar. Die Stadt Bergisch Gladbach lege großen Wert auf Mülltrennung, was durch bestimmte Mindestbehältergrößen unterstützt werden soll.

Herr Wagner schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:34 Uhr und lässt die Nichtöffentlichkeit herstellen.

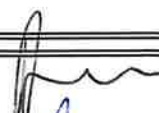
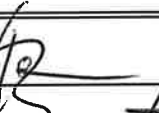
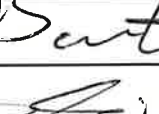
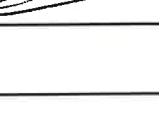
Umlaufexemplar

Stadt Bergisch Gladbach

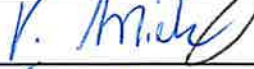
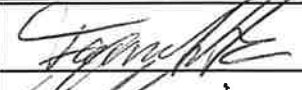
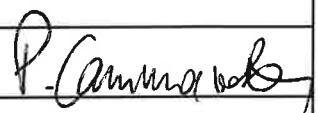
--

Gremium	Ort der Sitzung	Tag der Sitzung	Dauer der Sitzung
Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Ratssaal Bensberg	07.07.2026	17:00 Uhr -

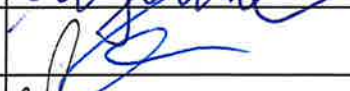
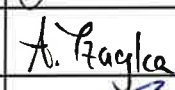
Ausschussmitglieder

Name, Vorname	Stellvertretung durch	von - bis Beratungspunkt/Uhrzeit	Unterschrift	Fr.
Becker, Rolf				
Dr. Bothe, David (s. B.)				
Grabosch, Julian			Grabosch	
Kindervater, Max			Kindervater	
Lucke, Martin	Henkel			
Meyer-Bialk, Kerstin			Meyer-Bialk	
Wagner, Hermann-Josef				
Zapf, Friedrich				
Wasmuth, Dorothee			Wasmuth	
Bollen, Markus (s. B.)				
Dr. Bacmeister, Friedrich				
Dr. Steinmetzer, Anna	Kirch			
Eschbach, Collin	Ostman			

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Name, Vorname	Stellvertretung durch	von - bis Beratungspunkt/Uhrz	Unterschrift	Fr.
Leveling, Christine				SPD
Schiek, Volker (s. B.)				
Schütze, Ingo				
Winkels, Berit				
Dr. Waniczek, Helmut (s. B.)	Fornoff			AfD
Wirtz, Andreas (s. B.)	Kowacic			
Blümke Susanne (s. B.)	Laschet, Jörg			Volt/FWG
Klein, Thomas Joachim	Raschke			B GL
Inklusionsbeirat)				Beiräte
Cammarota, Petra				
(Seniorenbeirat)				

Mitglieder der Verwaltung (alphabetisch)

Name	Vorname	Orga-Einheit	Unterschrift
Eggert	Thore	VV I	
Jahnke	Frank	7-66	
Köhler	Jörg	FBL 10	
Mäding	Mandy	7-68	
Meuthen	Alexandra	FBL 8	
Migenda	Ragnar	VV III	
Nollen	Christian	8-67	
Schirmer	Michael	7-10	
Tzagka	Angeliki	7-10	
Fenz	David	7-69	
Severth-von Polheim	Benjamin	FB 10	

Gäste	
-------	--

[illegible]

Büroexemplar

Abwasserwerk Bergisch Gladbach - 51439 Bergisch Gladbach

Christine Leveling
SPD-Fraktion im Rat der Stadt
Bergisch Gladbach
Postfach 20 09 20
51439 Bergisch Gladbach



Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Abwasserwerk
Fachbereich Umwelt und Technik
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Auskunft erteilt:
Arndt Metzen, Zimmer 406
Telefon: 0 22 02 – 14 13 37
E-Mail: a.metzen@stadt-gl.de

16. Juli 2026

Mein Zeichen
7-68-663100-20

Ihre Anfrage im AIUSO vom 07.07.2026

Sehr geehrte Frau Leveling,

im o.g. Ausschuss fragten Sie an, dass Sie irgendwo gelesen hätten, dass das Projekt Mutzbach inzwischen völlig gestoppt sei. Sie fragten, ob und wann es dort weiter gehe, sowie, ob darüber nachgedacht werde, eventuell Teile wieder an die Oberfläche zu holen.

Ihre Anfrage beantworte ich ^{smc} wie folgt:

Aus Ihrer Anfrage geht leider nicht hervor, welches Mutzbachprojekt Sie meinten. Derzeit gibt es kein konkretes Projekt zur Öffnung des Mutzbaches. Sofern es sich bei Ihrer Anfrage jedoch um die Studien zur Verlegung der Kanäle und Bachverrohrungen zur Herstellung einer bebaubaren Fläche für den Neubau der IGP handelt, so kann ich Ihnen folgendes mitteilen:

Das Abwasserwerk hat eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die die unterschiedlichen Aspekte bezüglich der Baufeldfreimachung aber auch wasserrechtlich notwendiger Regenwasserbehandlungen im Umfeld der IGP beleuchten soll. Ein Baustein in diesem Konzept könnte auch die Offenlegung des Mutzbachs im nördlichen Planungsbereich der neuen IGP sein. Nach der bisherigen Konzeption wäre eine Offenlegung nicht zwingend erforderlich,

b.w.

jedoch aus lokalklimatischen und landschaftsästhetischen Gesichtspunkten durchaus wünschenswert, auch wenn eine so kurze Strecke der Bächökologie keinen besonderen Nutzen bringen würde. In der Machbarkeitsstudie soll die Mutzbach-Offenlegung auf jeden Fall untersucht werden. Dennoch gibt es sehr unterschiedliche Nutzungsinteressen und schulbautechnische Notwendigkeiten, die zueinander in Konkurrenz stehen. Welche Lösung am Ende des Abstimmungsprozesses stehen wird, ist derzeit ^{nach} völlig unklar.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung


Ragnar Migenda

Erster Beigeordneter

16.7.26



16.07.2026 JGA

Herrn
Markus Bollen
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rat der
Stadt Bergisch Gladbach Postfach 20 09.20
51439 Bergisch Gladbach

Fachbereich Umwelt und Technik
- Zentraler Dienst -
Rathaus Bensberg
Wilhelm-Wagener-Platz
Auskunft erteilt:
Michael Schirmer, Zimmer 318
Tel.: 0 22 02 / 14 13 56
Fax.: 0 22 02 / 14 70 13 56
Email: m.schirmer@stadt-gl.de
Termine bitte nach Vereinbarung

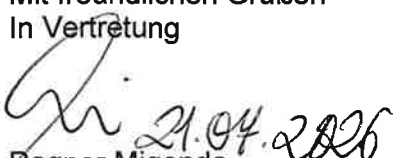
15.07.2026

Ihre Anregung aus der Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Umwelt, Sicherheit und Ordnung am 07.07.2026 zu Ortseingangs- und ausgangsschildern (Bezeichnung Stadtteil)

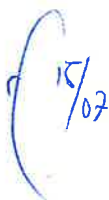
Sehr geehrter Herr Bollen,

anbei überreiche ich Ihnen die nach wie vor aktuelle Beschlusslage zur Aufnahme des Begriffs „Stadtteil“ auf den Ortseingangs- und ausgangsschildern in Bergisch Gladbach.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung


Ragnar Migenda
Erster Beigeordneter

Anlage


15/07


17/07

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0364/2015

öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	29.10.2015	Beratung
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	03.11.2015	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Umbenennung der seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, eine Umbenennung der 25 Wohnplätze in Stadtteile vorzunehmen und den Begriff „Wohnplatz“ nicht weiter zu verwenden.
2. Der Stadtteil „Alt Refrath“ wird künftig ohne Bindestrich geschrieben.
3. Soweit eine Änderung der Beschilderung notwendig ist, sollte diese im Rahmen von anstehenden Austauschmaßnahmen und somit kostenneutral durchgeführt werden.

Sachdarstellung / Begründung:

I. Bisherige Beschlusslage

Bürgeranregung

Herr Herbert Stahl hatte mit Schreiben vom 14.04.2013 gem. § 24 GO im Rahmen eines Bürgerantrages angeregt, die seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile umzubenennen.

Der Ausschuss für Anregung und Beschwerden hatte sich in seiner Sitzung vom 03.07.2013 mit der Anregung befasst und diese in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Gleichzeitig empfahl der Ausschuss, einen eventuell notwendigen Austausch von Orts- und Straßenschildern möglichst kostenneutral durchzuführen.

Haupt- und Finanzausschuss

Der Haupt- und Finanzausschuss hatte sich am 24.03.2014 mit dem Thema befasst und ist einstimmig dem nachfolgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt:

- 1. Der Haupt- und Finanzausschuss befürwortet grundsätzlich die Umbenennung der bisher als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile in Stadtteile.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einteilung und Benennung der Stadtteile auf der Basis der Vorlage des Hauptausschusses der Stadt Bergisch Gladbach vom 08.12.1998 zu prüfen, ggf. zu ergänzen und dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat der nächsten Ratsperiode zur abschließenden Entscheidung vorzulegen.**
- 3. Der Haupt- und Finanzausschuss folgt der Empfehlung des Ausschusses für Anregung und Beschwerden, einen eventuell notwendigen Austausch von Orts- und Straßenschildern möglichst kostenneutral durchzuführen.**

Bereits der Hauptausschuss vom 09.06.1998 hatte sich auf eine Anregung des Altbürgermeisters Franz Karl Burgmer mit diesem Thema befasst. Herr Burgmer hatte seinerzeit beantragt,

- den Stadtdirektor zu beauftragen, einen Satzungsentwurf oder Beschlussvorschlag vorzubereiten, der die Namen der Stadtteile bzw. Ortsteile und die straßengenaue Abgrenzung festlegt.
- Als allgemeine Vorgabe solle hierfür die bereits vorhandene Wohnplatzgliederung zugrunde gelegt werden
- Die Einordnung solle auf den Namen „Bergisch Gladbach“, der nun für die Gesamtstadt gelte, Rücksicht nehmen.
- Die Bezeichnungen „Zentrum“ oder „City“ sollten bei amtlichen Angaben unterlassen werden.

Der Hauptausschuss hatte seinerzeit folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

1. Die Bezeichnung „Bergisch Gladbach“ gilt nur für das gesamte Stadtgebiet.

2. Der Wohnplatz 21 erhält zukünftig die Bezeichnung „Stadtmitte“.

3. Zur Beschilderung wird dem Stadtdirektor als Straßenverkehrsbehörde empfohlen, folgende Varianten zu wählen:

a) für die Beschilderung an den Stadtgrenzen von Bergisch Gladbach:

**Bergisch Gladbach
Stadtteil x
Rheinisch-Bergischer Kreis**

b) für die Beschilderung innerhalb des Stadtgebietes wird künftig angewendet:

**Stadtteil x
Stadt Bergisch Gladbach
Rheinisch-Bergischer Kreis**

4. (...) (nicht relevant für diese Vorlage)

II. Erläuterungen zur jetzigen Vorlage

Die Verwaltung hat sich im Vorfeld aufgrund des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.03.2014 noch einmal intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, inwieweit auf Basis der Vorlage an den Hauptausschuss vom 08.12.1998 die Frage einer Zusammenfassung einzelner Wohnplätze zu Stadtteilen und sich daraus ergebende Veränderungen in Straßenzuordnungen und Zusammenfassungen von bisherigen, teilweise historischen Bezeichnungen unter einem Stadtteilnamen sinnvoll sind. Bereits in der damaligen Sitzung hatte die Verwaltung folgende Bedenken erhoben:

- Jeder vollständige Neuansatz bei der Stadtgliederung würde einen großen Abstimmungsprozess innerhalb und außerhalb der Verwaltung erforderlich machen und könnte zu (noch) größeren Diskussionen in der Politik und in der Bevölkerung führen.
- Eine Aufarbeitung historischer Grenzen wäre aufwendig und würde nicht mehr als Anhaltspunkte für eine Stadtteileinteilung bieten. Sie kann geänderte Siedlungsstrukturen oder im heutigen lokalen Bewusstsein wirksame Siedlungszusammenhänge (kleinräumige Identitäten) nur unzureichend berücksichtigen. Beispielhaft wird dies deutlich, wenn man die (historisch mit größtem Aussagewert versehenen) Gemarkungsgrenzen betrachtet, die im Urkataster des 19. Jahrhunderts festgelegt wurden, jedoch historisch auf den Honschaften der frühen Neuzeit fußen: Gladbach, Paffrath, Combüchen, Gronau, Sand, Bensberg Freiheit, Bensberg Honschaft, Refrath, Herkenrath, Dürscheid, Eschbach, Immekeppel (es „fehlen“ dagegen z.B. Schildgen, Hand, Hebborn, Heidkamp, Romaney, Lückerrath, Moitzfeld, Frankenforst, um

nur einige zu nennen)

- Eine Ermittlung der „kleinräumigen Identitäten“ durch Befragungen der Bevölkerung wäre ausgesprochen zeit- und kostenintensiv, würde ebenfalls wieder kritische Diskussionen auslösen und voraussichtlich auch kein geschlossenes Meinungsbild zeigen.

Diese Bedenken haben auch heute noch unverändert Gültigkeit.

Demgegenüber sprachen nach Einschätzungen der Verwaltung die meisten Argumente dafür, die bisherige „Wohnplatzeinteilung“ zugrunde zu legen:

- Die im Rahmen der kommunalen Neugliederung vorgenommene Einteilung in 6 statistische Bezirke und 25 Wohnplätze basierte im Gebiet der ehemaligen Stadt Bensberg auf einer Einteilung in Ortsteile. Bei der ehemaligen Stadt Bergisch Gladbach wurde die Wohnplatzeinteilung, wie im entsprechenden Erlass der Bezirksplanungsbehörde vorgeschrieben, auf historischen, schulischen, kirchlichen und wirtschaftlichen Bindungen aufgebaut. Die Einteilung wurde unter Federführung des damaligen Amtes 12 mit den Ämtern 10, 33, 40, 60, 61, 62, und 66 erarbeitet.
- Der Hauptausschuss der neuen Stadt Bergisch Gladbach hat diese Einteilung in statistische Bezirke und Wohnplätze in seiner Sitzung am 15.07.1975 beschlossen.
- Alle Fachplanungen, statistischen Auswertungen und Planungen (auch außerhalb der Verwaltung) basieren auf dieser Gliederung. (Eine Umrechnung/ Rückrechnung wäre nur für den Zeitraum ab 1985 möglich und überdies sehr arbeits- und zeitaufwendig.)

Aktuell stellt sich die statistische Gliederung wie folgt dar:

Statistischer

Bezirk

Wohnplätze

1	11 Schildgen, 12 Katterbach, 13 Nußbaum, 14 Paffrath, 15 Hand,
2	21 Gladbach, 22 Hebborn, 23 Heidkamp, 24 Gronau,
3	31 Romaney, 32 Herrenstrunden, 33 Sand,
4	41 Herkenrath, 42 Asselborn, 43 Bärbroich,
5	51 Lückerrath, 52 Bensberg, 53 Bockenberg, 54 Kaule, 55 Moitzfeld
6	61 Refrath, 62 Alt Refrath, 63 Kippekausen, 64 Frankenforst, 65 Lustheide

Die Intention des Petenten mit seinem Antrag, dem sich der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden und der Haupt- und Finanzausschuss im Grundsatz angeschlossen haben, war auch nicht eine historische Aufarbeitung der Grenzziehung einzelner Stadtteile (Wohnplätze), sondern vielmehr lediglich die Begriffsklarstellung, dass es sich um Stadtteile handelt. Der Begriff „Wohnplatz“ soll im Sinne von Klarheit und Gebräuchlichkeit zugunsten des allgemein üblichen Wortes „Stadtteil“ nicht mehr verwendet werden.

Die Verwaltung schließt sich diesem Vorschlag an und empfiehlt daher dem

Hauptausschuss, die Stadtteile auf der Basis der vorhandenen statistischen Wohnplatzeinteilungen zu bilden. Wie bereits in der Stellungnahme zur Vorlage vom 08.12.1998 wird davon abgeraten, auch nur geringfügige „Grenzveränderungen“ vorzunehmen

Im Zuge der Vorlagenerstellung hat der Leiter des Stadtarchivs zu Recht angeregt, den Stadtteil „Alt Refrath“ zukünftig ohne Bindestrich zu schreiben. Der Straßenname „Alt Refrath“ schreibt sich ohne Bindestrich, ähnlich wie der Straßenname „Alt Lückerrath“. Unterschiedlich Schreibweisen gleichlautender Straßen- und Stadtteilnamen könnten jedoch zu Verwirrung führen. In der 1995 erschienenen ersten Auflage des vom Stadtarchiv herausgegebenen Straßennamenbuches wurde das Kapitel „Alt Refrath“ ebenfalls ohne Bindestriche geschrieben.

Zahl und Größe der Stadtteile

Auf der Basis der Wohnplätze kann die Zahl der zu bildenden Stadtteile durch den Haupt- und Finanzausschuss prinzipiell frei festgelegt werden. Denkbar ist die ganze Bandbreite von 25 Stadtteilen bis zur Zusammenfassung einzelner Wohnplätze entsprechend den statistischen Bezirken (6) oder zu noch größeren Einheiten (4 o. 5).

Zur Orientierung werden im Folgenden die aktuellen Einwohnerzahlen der Wohnplätze mitgeteilt:

Wohnplatz		Einwohnerzahl
Nr. 11	Schildgen	6.241 ¹
Nr. 12	Katterbach	4.717 ¹
Nr. 13	Nußbaum	1.139 ¹
Nr. 14	Paffrath	7.012 ¹
Nr. 15	Hand	8.577 ¹
Nr. 21	Stadtmitte	11.092 ¹
Nr. 22	Hebborn	6.090 ¹
Nr. 23	Heidkamp	6.133 ¹
Nr. 24	Gronau	6.183 ¹
Nr. 31	Romaney	659 ¹
Nr. 32	Herrenstrunden	1.038 ²
Nr. 33	Sand	2.387 ¹
Nr. 41	Herkenrath	3.756 ³
Nr. 42	Asselborn	900 ¹
Nr. 43	Bärbroich	1.344 ¹
Nr. 51	Lückerrath	3.741 ¹
Nr. 52	Bensberg	5.468 ¹
Nr. 53	Bockenbergr	2.743 ¹
Nr. 54	Kaule	3.555 ¹
Nr. 55	Moitzfeld	4.560 ¹
Nr. 61	Refrath	8.833 ¹
Nr. 62	Alt Refrath	2.985 ¹
Nr. 63	Kippekausen	2.474 ¹
Nr. 64	Frankenforst	5.255 ⁴

Nr. 65	Lustheide	3.348 ¹
		110.230 ⁵

¹ Stand: 31.12.2010

² Stand: 31.12.2011

³ Stand: 31.12.2014

⁴ Stand: 31.12.1012

⁵ Abweichung in Höhe von 582 verglichen mit der Zahl der gesamten Einwohnerzahl Bergisch Gladbachs vom 31.12.2014

Entgegen der damaligen Meinung erscheint der Verwaltung die bloße Umbenennung der 25 Wohnplätze in Stadtteile – die auch im Sinne des Petenten ist – als die beste und unproblematischste Variante. Hierzu mag es in der Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss bzw. im Rat dann noch abweichende Vorschläge geben. Ergänzend sei angemerkt, dass auch die Hauptsatzung in § 3, Satz 2 von „Stadtteil“ und nicht von „Wohnplatz“ spricht.

Kosten der Beschilderung

Wie bereits eingangs erwähnt, war der Haupt- und Finanzausschuss der Empfehlung des Ausschusses für Anregung und Beschwerden gefolgt, einen eventuell notwendigen Austausch von Orts- und Straßenschildern möglichst kostenneutral durchzuführen. Zur Orientierung sind nachfolgend die aktuellen Preise für ggf. neu zu erstellende Schilder aufgeführt:

Ortstafeln, deren Größe verbindlich vorgeschrieben (600 x 900 und 840 x 1260 mm) ist, kosten jeweils 57,33€ (dank Rahmenvertrag mit dem Kreis, ansonsten 78,54€).

Im Stadtgebiet befinden sich derzeit 50 Ortstafeln.

Die Kosten für Wegweisertafeln und Vorwegweiser sind abhängig von der Größe und der Beschriftung und betragen 172,55€ pro m² (auch über den Rahmenvertrag).

III. Beschlussvorschlag

Die Verwaltung empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, eine Umbenennung der 25 Wohnplätze in Stadtteile vorzunehmen und den Begriff „Wohnplatz“ nicht weiter zu verwenden. Außerdem wird vorgeschlagen, den Stadtteil „Alt Refrath“ künftig ohne Bindestrich zu schreiben.

Soweit eine Änderung der Beschilderung notwendig ist, sollte diese im Rahmen von anstehenden Austauschmaßnahmen und somit kostenneutral durchgeführt werden.

Verbindung zur strategischen Zielsetzung

Handlungsfeld:

Mittelfristiges Ziel:

Jährliches Haushaltsziel:

Produktgruppe/ Produkt:

Finanzielle Auswirkungen

1. Ergebnisrechnung/ Erfolgsplan	laufendes Jahr	Folgejahre
Ertrag	0	0
Aufwand	0	0
Ergebnis	0	0
2. Finanzrechnung (Investitionen oberhalb der festgesetzten Wertgrenzen gem. § 14 GemHVO)/ <u>Vermögensplan</u>	laufendes Jahr	Gesamt
Einzahlung aus Investitionstätigkeit		
Auszahlung aus Investitionstätigkeit		
Saldo aus Investitionstätigkeit		

Im Budget enthalten

ja
nein
siehe Erläuterungen

**Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des
Rates am 03.11.2015
- öffentlich -**

**18. Umbenennung der seit 1975 als Wohnplätze bezeichneten Ortsteile von Bergisch Gladbach in Stadtteile
0364/2015**

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

- 1. Die 25 Wohnplätze der Stadt Bergisch Gladbach werden in Stadtteile umbenannt und der Begriff „Wohnplatz“ nicht weiter verwendet.**
- 2. Der Stadtteil „Alt Refrath“ wird künftig ohne Bindestrich geschrieben.**
- 3. Soweit eine Änderung der Beschilderung notwendig ist, sollte diese im Rahmen von anstehenden Austauschmaßnahmen und somit kostenneutral durchgeführt werden.**

